

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Pressevielfalt erhalten**

Das System des sogenannten Presse-Grossos gewährleistet eine flächendeckende und in der Vielfalt einmalige Versorgung mit Presseerzeugnissen. Das Presse-Grosso besteht aus 68 Grossisten, die täglich ca. 120 000 Verkaufsstellen beliefern. Kleine Titel und Neuerscheinungen werden dabei gleichberechtigt mit großen „Kassenschlagern“ flächendeckend in ganz Deutschland ausgeliefert. Dies ist ein Garant für ein neutrales, diskriminierungsfreies und vielfältiges Angebot und zugleich ein wichtiges Element der politischen Willensbildung in unserer Gesellschaft.

Dieses System basiert auf freiwilligen Vereinbarungen und ist nicht gesetzlich verankert. Der Bauer-Verlag hat gegen diesen Konsens jedoch 2011 und erneut im Februar 2012 erfolgreich geklagt, sodass langfristig das gesamte System des Presse-Grossos gefährdet ist. Würde man den Pressevertrieb reinen Marktregeln unterwerfen, wären Großverlage mit ihrer Marktmacht in der Lage, den Grossisten ihre Konditionen aufzuzwingen und kleinere Zeitungen und Zeitschriften zu verdrängen. Aus diesem Grund haben sich Verlegerverbände und der Bundesverband Presse-Grosso einvernehmlich für den Erhalt des Systems ausgesprochen. Eine gesetzliche Regelung würde dies gewährleisten und wurde auch von den betroffenen Verbänden bereits vorgeschlagen. Zurzeit wird im Bundestag über eine Initiative der SPD und Bündnis 90/Die Grünen debattiert, die ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern einfordert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit den anderen Ländern gesetzliche Regelungen zur Verankerung des Presse-Grossos sicherzustellen und den Bund aufzufordern, dies ebenfalls zu tun.
2. zu prüfen, ob die Einrichtung einer Schlichtungsstelle zur Beilegung von Streitfragen zwischen Verlegern und Grossisten sinnvoll ist.

Antje Grotheer,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis90/Die Grünen